

## Protokoll der Sitzung des landesweiten Gremiums Fußverkehr Berlin

24. November 2022, 11:00 bis 15:00 Uhr

Ort: Digital

### Teilnehmende Mitglieder:

Bauer, Uta	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Brand, Sebastian	Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Braunert-Rümenapf, Christine	Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung
Fritsche, Laura	BA Mitte (Straßen- und Grünflächenamt)
Fuhrmann, Angela	BA Charlottenburg-Wilmersdorf (Ordnungsamt)
Grätz, Helmut	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Jung, Gabi	Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Berlin e.V. (BUND)
Lehmkuhler, Dr. Stefan	Changing Cities e.V.
Meyer-Ruff, Wilfried	BA Lichtenberg (Straßen- und Grünflächenamt)
Petersen, Nicolai	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Petters, Harald	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Probst, Herbert	Landessenorenbeirat Berlin
Irmscher, Kathrin	Polizei Berlin
Stimpel, Roland	FUSS e.V.
Voigt, Jan	BA Steglitz-Zehlendorf (Ordnungsamt)

### Für die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK):

Bachem, Anke	Referat IV F
Gajewski, Johannes	Referat IV F 31, Gruppe Fußverkehr
Niedbal, Dr. Meike	Staatssekretärin für Mobilität
Niehoff, Norman	Referat IV B
Orbeck, Dan	Referat IV F 3, Gruppe Fußverkehr
Windelen, Dr. Steffi	Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr
Wisken, Dr. Lea	Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

### Weitere Teilnehmende zu TOP 5 „Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas“:

Brychcy, Franziska	MdA, Fraktion Die Linke
Difliff, Louisa	Ramboll

Geist, Dana	MdA, Fraktion Die Linke
Hassepaß, Oda	MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Heckmann, Markus	BA Friedrichshain-Kreuzberg (Schul- und Sportamt)
Kraudzun, Tobias	Changing Cities
Machulik, Stephan	MdA, Fraktion SPD
Richter, Madeleine	Büroleitung MdA Oda Hassepaß
Sellmair, Katharina	JuMo Junge Menschen und Mobilität e.V.
Uricher, Angelika	Landesverkehrswacht Berlin e.V.
Vogel, Jens	Ramboll
Voll, Jannis	Ramboll
von Marschall, Heiner	VCD e.V.
Voß, Harald	LEA - Landeselternausschuss Berlin
 Moderation:	 Heinrichs, Dr. Eckhart   LK Argus
Protokoll:	Windmüller, Daniel   LK Argus

## **TOP 1: Begrüßung und Organisatorisches**

Frau Dr. Niedbal (Staatssekretärin für Mobilität) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Gremiums Fußverkehr. Sie stellt die neuen Referatsleitungen Frau Bachem (Referat IV F - Förderung des Rad- und Fußverkehrs) und Herrn Niehoff (Referat IV B - Planung und Gestaltung von Straßen und Plätzen) vor.

Herr Dr. Heinrichs (LK Argus) begrüßt als Moderator die Teilnehmenden und erläutert den Ablauf der Sitzung. Die Anwesenden haben keine Einwände gegen einen Mitschnitt der heutigen Sitzung für die Protokollführung. In einer kurzen Vorstellungsrunde stellen sich alle Teilnehmenden mit ihrem Namen und der durch sie vertretenen Institution vor.

Zum Protokoll der vergangenen Sitzung am 16.06.2022 gab es einen Hinweis. Das aktualisierte Protokoll wurde den Mitgliedern am 29.07.2022 übermittelt. Es gibt keine weiteren Anmerkungen, somit ist das Protokoll abgenommen und auch online<sup>1</sup> einsehbar.

## **TOP 2: Freefloater**

Frau Dr. Niedbal stellt für die Senatsverwaltung den Sachstand zum Thema Freefloater dar. Seit dem 01.09.2022 ist im Land Berlin eine Sondernutzungserlaubnis für das Abstellen im öffentlichen Raum erforderlich. Derzeit bieten 11 Unternehmen rund 50.000 Elektrokleinstfahr-

---

<sup>1</sup> <https://www.berlin.de/sen/uvk/verkehr/verkehrsplanung/fussverkehr/akteure-und-gremien/gremium-fussverkehr/>

zeuge an. Zum 30.11.2022 wird sich ein Unternehmen vom Markt zurückziehen. Frau Dr. Niedbal erklärt, dass der Umgang mit den Nebenbestimmungen zur Sondernutzungserlaubnis bisher nicht zufriedenstellend ist und der Senat die Anbieter darauf hinweist. Die Daten, die die Anbieter dem Land Berlin monatlich übermitteln, zeigen eine hohe Nutzung der Fahrzeuge. Im Auftrag des Senates richtet die BVG über Jelbi in einem Pilotprojekt Abstellflächen für Elektrokleinstfahrzeuge zusätzlich zu den regulären Jelbi-Stationen (ca. 80) ein. In einem ersten Schritt sind 2023 150 Stationen geplant, die Bezirke machen Vorschläge zu geeigneten Orten. Es folgt ein kontinuierlicher Hochlauf, bei dem die Anzahl der jährlich eingerichteten Stationen stetig zunehmen soll. Im Umfeld dieser Stationen wird es verboten, entsprechende Fahrzeuge abzustellen.

Herr Stimpel berichtet aus der Unterarbeitsgruppe des Gremiums Fußverkehr, die am 18.07.2022 zu dem Thema Freefloater diskutiert hat. Anschließend wurde ein Positionspapier erarbeitet, das allen Mitgliedern vorliegt.

Die anschließende Diskussion zeigt, dass der Umgang mit den Elektrokleinfahrzeugen eine hohe Relevanz für den Fußverkehr hat, insbesondere für Menschen mit Behinderung. Wesentliche Diskussionsinhalte sind:

- Die Nebenbestimmungen seien zum Teil praxisfern, z. B. haben Verkehrsteilnehmende keinen Zollstock zum Abmessen der Gehwegbreite mit sich. Es wird angeregt, als Orientierung bspw. die doppelte eScooter-Länge anzusetzen.
- Für die Akzeptanz der eingerichteten Abstellflächen ist die Durchsetzung des Abstellverbots im Umfeld erforderlich.
- Regelverstöße müssen sanktioniert werden und können von den Ordnungsämtern angezeigt werden. Beispielsweise hat der Bezirk Mitte eine konzentrierte Prüffaktion durchgeführt.
- Die vorgesehene Geschwindigkeit der Ausweisung fester Stellflächen wird als zu gering bemängelt. Bei der für 2023 angekündigten Geschwindigkeit dauere es rechnerisch rund zwanzig Jahre, bis für alle Sharing-Fahrzeuge rechnerisch ein fester Abstellplatz vorhanden sei.
- Telefonische Hotlines für das Melden von Verstößen reichen alleine nicht aus. Hier sollte das Zwei-Sinne-Prinzip gelten.
- Eine Sondernutzungserlaubnis kann widerrufen werden. Voraussetzung ist eine umfassende Dokumentation der Verstöße.
- Wirksamste Stellschrauben sind die Implementierung und Durchsetzung fester Abstellflächen sowie die Begrenzung der stadtweiten Fahrzeuganzahl. Dies wird auch durch eine Studie des Difu gestützt.<sup>2</sup>

Das Thema soll in folgenden Sitzungen weiter diskutiert werden. Fragen und Anregungen dazu können an [fussverkehr@LK-argus.de](mailto:fussverkehr@LK-argus.de) gesandt werden.

---

<sup>2</sup> E-Tretroller in Städten – Nutzung, Konflikte und kommunale Handlungsmöglichkeiten, Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik, 2022. URL: <https://difu.de/publikationen/2022/e-tretroller-in-staedten>.

### TOP 3: Information der Senatsverwaltung

Herr Orbeck (Gruppenleiter Fußverkehr bei SenUMVK) informiert über **aktuelle Themen des Fußverkehrs** (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 2 ff.).

- Beim **Fußverkehrsplan** (FVP) wurde die Methodik zur Entwicklung der bezirklichen Vorrangnetze des Fußverkehrs überarbeitet, nicht zuletzt aufgrund der Hinweise aus dem Gremium Fußverkehr. Die ersten bezirklichen Vorrangnetze wurden mittlerweile den Bezirken zur Beteiligung übermittelt. Bis Jahresende werden schrittweise alle Bezirke ihr Vorrangnetz im Entwurf erhalten. Parallel dazu werden weitere FVP-Inhalte, wie Qualitätsstandards und ein Maßnahmenprogramm, erarbeitet. Der FVP-Entwurf soll im Frühjahr 2023 vorliegen. Dann erfolgt eine weitere Beteiligung des Gremiums und weiterer TöB.  
In der Diskussion kommt aus dem Gremium der Vorschlag, die AG „Bauen und Verkehr - barrierefrei“ gemeinsam mit der Konferenz der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung zu beteiligen. Alle Mitglieder des Gremiums Fußverkehr können SenUMVK weitere zu beteiligende TöB vorschlagen.
- Beim **Verkehrssicherheitsprogramm** erarbeitet SenUMVK derzeit die Maßnahmen. Dabei werden aktuelle Analysen zur Verkehrsunfallsituation berücksichtigt und es wurden Kernerkenntnisse zu sechs Maßnahmenbereichen gewonnen. Auch in dem neuen Berliner Verkehrssicherheitsprogramm 2030 wird der Mobilitätsbildung - wie auch der Verkehrserziehung - eine große Bedeutung beigemessen. Beide Bereiche werden sich inhaltlich an den in einer detaillierten Unfallanalyse ermittelten Risikogruppen orientieren. Entsprechende Maßnahmen sollen sich hierbei gleichermaßen an die Risikogruppen selbst wie auch alle Verkehrsteilnehmenden wenden, um für die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppen zu sensibilisieren und zu einer größeren Rücksicht ihnen gegenüber aufzurufen. Der Entwurf des Programms soll im März 2023 vorliegen.
- Der **Leitfaden „Temporäre Spielstraßen“** wurde veröffentlicht. Adressaten sind die bezirklichen Verwaltungen und die Zivilgesellschaft. Das Abgeordnetenhaus hat auch für 2022 und 2023 Finanzmittel für temporäre Spielstraßen festgelegt, die von der Mobilitätsverwaltung an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg übertragen wurden bzw. werden. Mit diesen Mitteln wird die Einrichtung von temporären Spielstraßen in Berliner Bezirken unterstützt.
- Den Verkehrsversuch in der **Friedrichstraße** bewertet die Mobilitätsverwaltung als erfolgreich. Ein Fußgängerbereich bleibt trotz zwischenzeitlicher Öffnung für den Kfz-Verkehr erklärtes Ziel und soll Anfang 2023 eingerichtet werden. Außerdem soll in einem partizipativen Gestaltungsverfahren der dauerhafte Umbau geplant werden.
- Die Bewerbungsfrist für das **Parklet-Förderprogramm** lief bis zum 31.10.2022. Es sind ca. 80 Bewerbungen in sechs teilnehmenden Bezirken eingegangen, die nun geprüft werden. Die Anzahl der tatsächlich geförderten Parklets wird voraussichtlich etwas niedriger liegen und ist u. a. von den Baukosten abhängig. Die Parklets gehören dem Land Berlin und werden durch die Bezirke oder Initiativen betrieben.

- 11 der 12 Bezirke haben inzwischen jeweils zwei **Fußverkehrsstellen** geschaffen, von einem Bezirk liegt keine Auskunft vor. Die Stellen sind fast alle vollständig Fußverkehrsbelangen gewidmet. Die Besetzung ist unterschiedlich weit fortgeschritten, vielfach dauern die Verfahren noch an.

#### **TOP 4: Berichte aus dem Gremium**

Die Mitglieder diskutieren, wie die **Regeln der Zusammenarbeit** interpretiert werden, insbesondere im Hinblick auf einen vertraulichen Austausch. Die Diskussion zeigt, dass der Begriff „gewisse Vertraulichkeit“ in den Regeln der Zusammenarbeit beibehalten werden soll. Vereinbart wird zudem:

- Die Moderation weist zukünftig zu Sitzungsbeginn auf die Regeln der Zusammenarbeit hin und erinnert daran, dass jedes Mitglied das Recht hat, situativ Äußerungen als vertraulich zu kennzeichnen.
- Dokumente aus dem Gremium oder aus Unterarbeitsgruppen werden erst veröffentlicht, wenn dies vom Gremium beschlossen wurde.
- Mitglieder werden nicht namentlich zitiert.

Frau Fuhrmann (Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf) stellt das **Sondernutzungskonzept des Ordnungsamtes Charlottenburg-Wilmersdorf** vor (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 13 ff.). Das seit 2015 geltende Konzept soll die Belange des Fußverkehrs und der Gewerbetreibenden gleichermaßen berücksichtigen und im Einzelfall zwischen Gemeingebrauch und Sondernutzung abwägen. Mit dem Konzept hat die Verwaltung Transparenz, Rechtssicherheit und Gleichbehandlung geschaffen. Laut dem Konzept muss die freizuhaltende Gehwegbreite 2,20 m betragen, nur in Ausnahmefällen sind auch 1,50 m zulässig. Überschreiten Gewerbetreibende wiederholt die ihnen zustehende Fläche, so wird diese markiert. Sondernutzungen auf dem Unterstreifen unterbindet das Konzept, wobei es zuletzt in der Pandemie Abweichungen gab.

Frau Fritsche (Bezirk Mitte) informiert über das **Programm zur Umgestaltung von Knotenpunkten** im Bezirk Mitte. Ziel ist die Verbesserung der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Dazu werden die Sichtbeziehungen verbessert, indem Gehwegvorstreckungen und begleitend Radabstellbügel oder Flächen für Krafträder, Roller und Lastenräder statt Kfz-Stellplätzen eingerichtet werden. Um schnell eine hohe Anzahl an Knotenpunkten umsetzen zu können – im Jahr 2022 waren es etwa 50 – werden die Gehwegvorstreckungen zunächst nur markiert. Das Gremium weist darauf hin, dass erst ein Umbau mit Absenkung der Borde eine Verbesserung für alle darstellt.

Mehrere Mitglieder schlagen vor, das Thema **Zielkonflikte bei Flächennutzungen** in einer späteren Sitzung ausführlicher zu diskutieren.

#### **TOP 5: Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas**

Die Mitglieder erhalten eine Zwischeninformation zum Projekt Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas (MMSK). Frau Dr. Wisken (Leiterin der Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

bei SenUMVK) begrüßt die zu diesem TOP hinzugekommenen Gäste und gibt eine kurze Einführung. Der Konzeptentwurf soll im Dezember 2022 allen Mitgliedern zugesandt werden, die anschließend schriftlich dazu Stellung nehmen können. *Nachtrag: Krankheitsbedingt verzögert sich der Versand um mehrere Wochen.*

Herr Vogel (Ramboll) stellt den Arbeitsstand dar (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 28 ff.). Das Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas soll eine Regelaufgabe im Land Berlin werden und dafür in den Planungs- und Gestaltungsebenen der Senatsverwaltungen, Bezirke sowie Schulen und Kitas institutionell verankert werden. Zur Koordinierung und als Ansprechstelle dient ein von SenUMVK beauftragter Projektträger. Die Durchführung der Prozesse an den Schulen und Kitas einschließlich Beteiligung übernehmen Dienstleister. Perspektivisch soll für jede Schule ein Mobilitätsplan erstellt werden, der den Erstellungs- und den Umsetzungsprozess umfasst.

In der anschließenden Diskussion gibt es folgende Hinweise:

- Die erforderlichen personellen Ressourcen seien zu definieren und auf Seiten der Verwaltung sowie mit Hilfe des Projektträgers und von Dienstleistern zu sichern.
- Wichtig sei die eindeutige Zuweisung von Zuständigkeiten an die beteiligten Akteure (Senatsverwaltungen, Bezirke, Projektträger, Dienstleister und Schulen) sowie eine Regelung für die Übertragung von Zuständigkeiten. Hier wäre zu überlegen, den Prozess eher „von unten“ aus aufzubauen. Für Zuständigkeiten bei Ehrenamtlichen sei zu klären, wie eine Kontinuität gesichert werden kann.
- Zu beachten sei die Integration der Perspektive von Menschen mit Behinderung (disability mainstreaming).
- Dienstleister für die Durchführung der Mobilitätsplan-Prozesse müssten über verkehrplanerische Expertise zur Infrastrukturplanung hinaus auch Maßnahmen zu Kommunikation und Bildung erarbeiten können.

## **TOP 6: Fazit und Ausblick**

Frau Bachem bedankt sich bei allen Teilnehmenden für ihre Beiträge und die konstruktive Sitzung mit ihrem breiten Themenspektrum. Sie wiederholt den Aufruf, Themenvorschläge für folgende Sitzungen an [fussverkehr@LK-argus.de](mailto:fussverkehr@LK-argus.de) zu senden.

Die Termine für die Sitzungen im Jahr 2023 sind

- 2. März,
- 6. Juli und
- 9. November,

jeweils 11-15 Uhr. Weitere Informationen folgen rechtzeitig.